

# »Religion darf nicht Privatsache bleiben«

Ex-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse spricht bei KHG-Symposium – Respekt statt gnädige Duldung

Gießen (jow). »Wieviel Religion verträgt unsere Gesellschaft?« Mit dieser Frage hat sich der SPD-Politiker Wolfgang Thierse im Rahmen des Symposiums »Religionen im 21. Jahrhundert: Zwischen Tradition und Zukunft« der Katholischen Hochschulgemeinde in Gießen beschäftigt. Religion sei von überraschender, kräftiger, aber auch sehr widersprüchlicher Aktualität. Viele hätten schon deren Abgesang proklamiert, betonte Thierse. Als einzigen durchschlagenden Erfolg des SED-Regimes bezeichnete er, dass es sich in Ostdeutschland um einen der religionslosesten Landstriche halte.



Thierse

Der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages erklärte, dass die Flüchtlingsströme auf ein unsicheres Europa träfen. »Europas individuelle und kollektive Identität wird gerade in Frage gestellt. Es existieren Ängste über Erathemattung, die sich in aggressivem Protest ausdrücken«, sagte

Thierse, Mitglied des Zentralkomitees der Katholiken. Die Pegida-Bewegung meine, das christliche Abendland gegen eine fremde Religion verteidigen zu müssen. Die Bundesrepublik Deutschland sei historisch geprägt durch ein besonderes Verhältnis von Staat und Kirche.

Der Staat ermögliche seinen Bürgern Religionsfreiheit und eine freie Weltanschauung. Er halte sich in diesen Fragen zurück und gebe den Meinungen seiner Bürger Raum, die den Staat tragen. Thierse forderte dazu auf, grundlegende Gemeinsamkeiten zu finden »in dem, was wir Maßstäben, Norme und Werte nennen. Wir müssen das ethische Fundament für gelingende Demokratie müssen immer wieder neu erarbeiten.«

Dazu trügen auch die christlichen Kirchen bei. Sie müssten sich als Dialogpartner in die Debatte einbringen, nicht leisererischer und ängstlich. »Nächstenliebe kann nur gelebt werden, wenn sie ins Politische reicht.« Religion dürfe nicht nur Privatsache bleiben. Die faire Anerkennung religiöser und kultureller Minderheiten sei eine dauerhafte Herausforderung.

»Wir müssen diese Zustimmung annehmen und uns anstrengen, den andern zu verstehen und eine gemeinsame Sprache zu finden.« Die Erwartung an die Kirchen, sich gesell-

schaftlich zu äußern, sei in der Bevölkerung immer noch erheblich »Die sollen vorleben, was mir fremd ist«, skizzierte Thierse.

Der säkulare Staat wäre »sehr dumm«, wenn er auf das Potential der Christen in seinem Land verzichtete würde: »Sie haben Deutschland mit ihrem Potential geprägt. Dasselbe gelte für die Juden und für die Muslime. Auf solche Bürger bleibe Deutschland angewiesen.«

Am Ende ging Thierse auf den vielzitierten Satz »Der Islam gehört zu Deutschland« ein. Muslime gehörten zweifellos zu Deutschland. Wenn Deutschland Ja zum Islam als Teil Deutschlands sage, erlaube dies auch Fragen nach dessen innerer Vielfalt, seiner Theologie und seiner Ausdifferenzierung zu stellen. Es dürfe nicht nur ein Verhältnis »gnädiger Duldung«, sondern auch von Respekt sein. »Dies erst sei gelebte Toleranz.« Religionsfreiheit muss ein genuines Freiheitsrecht bleiben. Ein Zurechtstutzen auf Religion aus Privatsache wäre falsch.«

Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich wies in ihrem Grußwort auf die vielen interreligiösen Aktionen der Stadt Gießen hin. Dazu gehörten Stadtrundgänge und interreligiöse Gebete. Ohne das Angebot der Kirchengemeinden könne keine Integration gelingen.